



Ausschuß für Kommunalpolitik

26. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

17. September 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.25 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitzender: Friedrich Hofmann (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema** 1

Stellungnahme der Landesregierung zum Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes in der 25. Sitzung des Ausschusses am 18. Juni 1997

Auf Antrag der Fraktion der CDU

Zuschrift 12/1239

Vorlage 12/1342

MR Buch (MURL) nimmt Stellung. Daran schließt sich eine Diskussion an.

^{*)} öffentlicher Teil APr 12/653

2 Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2340

Der Ausschuß kommt überein, wie zwischen den Fraktionen schon abgesprochen vom 8. bis 10. Oktober 1997 zu dem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Hinsichtlich des Kreises der Anzuhörenden besteht das Einverständnis, daß auf Wunsch Sachverständige noch nachbenannt werden können.

Albert Leifert (CDU) betont, daß zu allen Artikeln des Gesetzentwurfs vorrangig die kommunalen Spitzenverbände gehört werden sollen.

- kein Diskussionsprotokoll -

3 Mehr Demokratie wagen - Kommunalwahlrecht reformieren!

4

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1365

Diskussion mit Minister Kniola.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

4 Bürokratie abbauen - Verwaltungsstrukturen straffen

6

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/783

Nach Diskussion einigt sich der Ausschuß darauf, die Behandlung des Antrags bis zur Ausschußsitzung im Januar 1998 zu vertagen.

5 Für ein selbständiges Kettwig!

7

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2134

Zuschrift 12/1357

Diskussion mit Minister Kniola.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN
gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

**6 Gesetz zur Stärkung der wirtschaftlichen Betätigung von Gemeinden und
Gemeindeverbänden im Bereich der Telekommunikationsleistungen**

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 12/2113

Der Ausschuß kommt überein, am 22. Oktober 1997 eine
öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Eingeladen werden sollen die kommunalen Spitzenverbände, die
Wirtschaftsverbände, die Industrie- und Handelskammern, die
Handwerkskammern, der Verband kommunaler Unternehmen,
die Telekom, ein privater Carrier wie o.tel.o. sowie ein Rechts-
und ein Wirtschaftswissenschaftler.

Das Weitere wird zwischen den Fraktionen verabredet.

- kein Diskussionsprotokoll -

7 Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung

14

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/1993

Der Ausschuß kommt überein, kein Votum abzugeben.

Nächste Sitzungen: 8. - 10. Oktober 1997
22. Oktober 1997
5. November 1997 (Anhörung GFG '98)
13. November 1997

* * *

betroffenen Städten halte der Unwille über die Neuordnung sei über zwei Jahrzehnten kontinuierlich an.

Er erinnere sich an die Diskussion über die kommunale Neuordnung mit den Herren Weyer, Worms, Schnoor und anderen, die in vielen Fällen nicht einverstanden gewesen seien. Aber auch wenn das Gesetz einmal gemeinsam beschlossen worden sei, enthebe die Abgeordneten das nicht der Überprüfung in dem einen oder anderen Fall. Die CDU-Fraktion sei da lernfähig. Im Fall Kettwig - und nur in diesem - sei sie für die Korrektur.

Gisela Nacken (GRÜNE) erwidert Herrn Leifert, alles, was er gesagt habe, sei zutreffend. Auch für die GRÜNEN sei es rechtlich möglich, Kettwig die Selbständigkeit zurückzugeben. Das müsse aber politisch entschieden werden.

Herr Groth habe versucht klarzumachen, daß es politisch dafür keine Mehrheit im Landtag gebe. Die GRÜNEN machten den Menschen vor Ort da auch nichts vor. Sie habe gemeinsam mit Herrn Groth in der letzten Woche Gespräche mit den Kettwigern und den Wattenscheidern geführt. Es sei für sie sehr schmerzlich gewesen, sagen zu müssen, daß sie für ein Ziel angetreten seien, für das es politisch keine Mehrheit gebe. Da die betroffenen Bürger das politische Geschäft nicht kennen, hätten sie dafür wenig Verständnis aufgebracht; sie meinten, die GRÜNEN könnten bei einem solchen Punkt locker mit der CDU-Fraktion stimmen. Die GRÜNEN ließen darüber vielleicht mit sich reden, wenn die CDU einen Sprung in Sachen Garzweiler machte. Aber Herrn Pangels gehe es da ähnlich wie Herrn Groth innerhalb der Koalition mit der SPD.

7 Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1993

Vorsitzender Friedrich Hofmann teilt mit, der federführende Ausschuß für Innere Verwaltung habe am 4. September 1997 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung durchgeführt.

Edgar Moron (SPD) äußert, nach seinem Eindruck sei der Gesetzentwurf in der Anhörung auf große Zustimmung gestoßen. Von kommunaler Seite sei er als gut bezeichnet worden. Lediglich in der Frage der Leitstellen beständen zwischen Landkreistag und Städte- und Gemeindebund Kontroversen. Dazu sei mittlerweile interfraktionell eine Lösung gefunden worden. Um in der Beratung voranzukommen, sollte der Ausschuß für Kommunalpolitik seine Zustimmung signalisieren und die Klärung der Detailfragen dem federführenden Ausschuß überlassen. Die SPD-Fraktion habe keinen weiteren Beratungsbedarf.

Albert Leifert (CDU) legt dar, auf den ersten Blick sehe er im Hinblick auf die kommunalen Belange ebenfalls keine großen Schwierigkeiten. Allerdings sei die Anhörung noch nicht ausgewertet. Seine Fraktion begrüße sehr, daß es in Sachen Leitstellen eine Kann-Bestimmung geben werde.

Der Städtetag habe angeregt, den Kommunen mehr Ermessensspielraum zu lassen und die Konstruktion der Aufgabenerfüllung zu ändern. Dieser Aspekt wäre im Rahmen der Leistungsgesetze zu überdenken.

Die CDU-Fraktion behalte sich vor, kommunalpolitische Belange, falls sich welche für sie noch ergäben, im federführenden Ausschuß vorzutragen.

gez. Hofmann
Vorsitzender

30.09.1997 / 30.09.1997
430